

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Um die Zukunft streiten

Von Carsten Knop

Eines muss man den Deutschen lassen: Kaum eine andere Nation diskutiert so intensiv darüber, wie die Wirtschaft künftig Geld verdienen kann. Themen wie Digitalisierung oder auch Elektromobilität führen inzwischen gar zu emotionalen Kontroversen: Was den einen schon zu viel ist, halten andere für zu wenig. Entscheidend aber ist, dass Wirtschaft, Gesellschaft und Politik miteinander um die besten Lösungen ringen. Und das geschieht. Auch der jüngste Vergleich der Innovationsstärke verschiedener Volkswirtschaften zeigt, dass Deutschland in der Breite zu Innovationen bereit ist. Allerdings sind viele Technologien auch schon abgewandert; eigene Expertise in der Unterhaltungselektronik, der Kommunikations- und Computertechnik oder der grünen Gentechnik gibt es im Land kaum noch oder zu wenig. Das darf mit den verbleibenden Wirtschaftszweigen zwischen Autoindustrie und Maschinenbau nicht passieren. Dabei geht es wohlgerne nicht darum, dass nun der Staat sagen soll, wohin es geht. Das wissen die Unternehmen am besten. Aber deren Mitarbeiter und Führungskräfte müssen auch mutig genug sein, den Umbruch zu begleiten. Für den Wandel zum Beispiel eines Autoherstellers zum Mobilitätskonzern fehlt zu häufig das richtige neue Geschäftsmodell. An solchen Fronten hat Deutschland wahren Innovationsbedarf.

Ryanair im Risiko

Von Marcus Theurer

Eigentlich ist an den Quartalszahlen von Ryanair wenig auszusetzen: Die größte europäische Billigfluggesellschaft hat ihren Nettogewinn um mehr als die Hälfte gesteigert und damit die Prognosen von Analysten übertroffen. Zugleich bestätigten die Iren ihre Gewinnprognose für das Gesamtjahr und rechnen mit mehr Passagieren als bisher angenommen. Warum also ist der Aktienkurs von Ryanair am Montag trotzdem zeitweise um mehr als 5 Prozent gefallen? Als Erklärung drängt sich der Hinweis auf sinkende Preise auf: Tickets werden bei Ryanair diesen Sommer im Durchschnitt um 5 Prozent billiger und im Winterhalbjahr um 8 Prozent. Der Verdrängungswettbewerb im europäischen Luftverkehr wird also schärfer. Ryanair ist dafür mit konkurrenzlos niedrigen Kosten zwar besser gerüstet als seine Wettbewerber. Aber die weiteren Expansionspläne der Preisbrecher sind auch ziemlich ehrgeizig, und im Aktienkurs, der sich binnen drei Jahren deutlich mehr als verdoppelt hat, ist schon viel Zukunftsoptimismus enthalten. Der bevorstehende Brexit wiederum bringt für das wichtige Großbritannien-Geschäft von Ryanair große Risiken mit sich. Die Geschäfte laufen oft für die Fluggesellschaft, jedenfalls in diesen Sommer. Aber die Aktionäre legen schon mal die Sicherheitsgurte an.

Der Übernahme-Deich

Von Klaus Max Smolka

Wer die deutsche Debatte über Protektionismus verfolgt, darf mit Interesse auch ins Nachbarland schauen. Hierzulande will das Bundeskabinett Übernahmen aus Staaten außerhalb der EU schärfer kontrollieren. Insbesondere geht es um Offerten aus China. In den Niederlanden sorgt man sich generell über einen Ausverkauf sowie das Treiben aktivistischer Aktionäre. Die kaufen Anteilspakete und fordern die Vorstände zu Schritten auf, welche schnell den Aktienkurs treiben. Einer dieser Investoren ist der amerikanische Fonds Third Point von Daniel Loeb, der schon dem niederländischen Chemiekonzern DSM Druck machte und jetzt bei Philips eingestiegen sein soll. Der Wirtschaftsminister der geschäftsführenden Regierung, Henk Kamp, stellte neulich im Parlament Vorschläge vor, welche bedrängten Konzernen zu passen könnten. Im Kern sollen sie bei Übernahmeofferten und aktivistischen Angriffen eine Art Schonzeit bis zu einem Jahr bekommen, um sich sortieren zu können. Wohlgerne: Kamp gehört der marktliberalen Regierungspartei VVD an. Nicht nur die Politik ist beunruhigt, auch die Arbeitgeber. Deren Verband VNO-NCW äußerte seine Sorge, nachdem die Großkonzerne Unilever und Akzo Nobel Übernahmeofferten erhalten hatten. Den Deich gegen Übernahmen bauen hier also – bemerkenswert – traditionell wirtschaftsliberal Gesinnte.



Forschen gegen Krebs: In den Labors des Mainzer Biotechunternehmens Biontech

Foto Georg Banek

Mit einem Impfstoff den Krebs bekämpfen

Das Mainzer Biotechunternehmen Biontech kommt dem Traum eines Heilmittels wieder einen Schritt näher.

Von Ilka Kopplin

MAINZ, 24. Juli
Noch hat Biontech kein einziges Medikament auf den Markt gebracht – und dennoch ruhen viele Augen auf den Forschern des Mainzer Biotechunternehmens. Das verwundert nicht, denn bei Biontech versucht man nichts Geringeres, als die bisherige Krebstherapie neu zu erfinden – mit einer Art personalisierter Impfung. Erst vor wenigen Tagen ist Biontech dieser Idee wieder ein Stück näher gekommen; das Wissenschaftsmagazin „Nature“ veröffentlichte die Ergebnisse einer klinischen Studie, in der dieser Krebsimpfstoff erstmals an Menschen getestet wurde: 8 der 13 behandelten Patienten waren auch nach 23 Monaten noch tumorfrei. Diese erste Studie ist zwar noch kein Beweis, wohl aber ein Indiz für die Wirksamkeit der Therapie.

Krebstherapien sind derzeit ein großer Trend in der Branche. Dabei wird versucht, das Immunsystem so anzuregen, dass es selbst die Tumorzellen bekämpft. Bislang wird Krebs vorwiegend durch Operation, Chemo- und Bestra-

lungstherapie behandelt. Dabei werden jedoch auch gesunde Zellen angegriffen. Bei der personalisierten Immuntherapie, wie Biontech sie erforscht, gehen die Forscher hingegen von einzelnen Patienten aus. „Wenn unser Ansatz funktioniert, dann kann er im Grunde gegen jeden Krebs eingesetzt werden. Das ist ein bisschen wie der Heilige Gral, wenn es denn funktioniert“, sagt Finanzvorstand Sierk Poetting im Gespräch mit dieser Zeitung.

Die Therapie basiert dabei auf drei Schritten: Zunächst wird der Tumor eines jeden Patienten sequenziert, also genetisch genau analysiert. Das passiert mit Hilfe computergesteuerter Algorithmen, über die Biontech Mutationen herausfiltert, die sich für die Immuntherapie besonders eignen. Im Anschluss wird dem Immunsystem beigebracht, die Tumorzellen gezielt zu erkennen und von den gesunden Zellen zu unterscheiden. Dem Patienten wird auf Basis dieser Daten danach ein individualisierter Impfstoff gespritzt, der das Immunsystem beauftragt, die Tumorzellen mit Hilfe der eigenen Abwehrzellen zu bekämpfen. Technologisch setzt Biontech dabei auf sogenannte Botten-RNA, also Ribonukleinsäuren, die im Körper für die Informationsübermittlung zuständig sind. „Wir nutzen diesen natürlichen Prozess der Informationsweitergabe und sagen der körpereigenen Abwehrzelle, was sie tun soll“, sagt Poetting.

Krebs ist für Pharmakonzerne rund um die Welt einer der größten Umsatzbringer. Als das Gerücht über seinen Einstieg über britische Medien in die Welt kam, stieg der Kurs der Philips-Aktie um 6 Prozent. Über Loeb's Begehr in diesem Fall ist nichts bekannt. Oft will er aber, dass Unternehmen Sparten abstoßen oder sich gleich ganz aufspalten sollen. Entsprechendes forderte er zeitweilig von einem anderen Vorzeigekonzern der niederländischen Industrie: dem Chemiekonzern DSM. Der ließ das allerdings erfolgreich an sich abperlen. Philips hat es vor Jahren schon einmal mit den aggressiven Fonds Jana und DE Shaw zu tun gehabt.

Das Treiben der Aktivisten verursacht in den Niederlanden seit längerem Diskussionen, ebenso ein verwandtes Thema: die Verwundbarkeit heimischer Unternehmen für ausländische Übernahmeangebote. Der Wirtschaftsminister des geschäftsführenden Kabinetts, Henk Kamp, hat Maßnahmen vorgeschlagen, welche die Konzerne etwas schützen sollen. Unter anderem schlägt er eine Bedenkzeit von bis zu einem Jahr vor, die ein Vorstand nach Erhalt einer unerwünschten Offerte bekommen soll. Kamp gehört der marktliberalen Regierungspartei VVD des Ministerpräsidenten

Pharmakonzerne der Welt jährlich mehr als 100 Milliarden Euro mit Krebsarzneien um. Auch andere Unternehmen arbeiten deshalb an Therapien in dem Bereich. „Aber mit den individualisierten Immuntherapien waren wir die Ersten. Und wir sind auch die Ersten, die diesen Ansatz in die klinische Erprobung gebracht haben“, sagt Poetting. „Wir sehen uns ein bis zwei Jahre im Vorsprung“, sagt er. Es handle sich um eine große Menge an Technologie, die andere erst einmal aufholen müssten. Biontech habe insgesamt vier verschiedene Technologie-Plattformen, eine eigene Diagnostikabteilung sowie eine Produktion. „Wir bieten alles aus einer Hand an. Wir haben alle Bausteine im Haus“, sagt Vorstandskollege Sean Marett, der für das operative Geschäft zuständig ist. Diese Dienstleistungs-komponente sei nicht zu unterschätzen, schließlich müssten Krankenhäuser später zeitnah beliefert werden.

Nicht ohne Grund setzt das Mainzer Unternehmen deshalb alles daran, möglichst schnell voranzukommen. Derzeit beschäftigt man etwa 550 Mitarbeiter, Ende des Jahres sollen es schon 700 sein. Neben dem Hauptgebäude entsteht für rund 50 Millionen Euro ein weiteres Produktionsgebäude. „Unser Ziel ist es, ein globales Biotechunternehmen aufzubauen. Und wir haben keine Angst, davon zu sprechen“, sagt Marett.

Das ist umso erstaunlicher, wenn man sich die Geschichte von Biontech anschaut, die noch nicht einmal zehn Jahre zurückreicht. Bis zum Jahr 2014 existierte keine eigene Internetseite, wie man in Mainz gerne erzählt. Angefangen hat alles im Jahr 2008. Damals gründete der

Forscher Ugur Sahin Biontech aus der Idee heraus, die Krebstherapie endlich weiter voranzubringen, nicht mehr von der großen Masse, sondern von einzelnen Patienten her zu denken. Nur ein paar Jahre zuvor hatten seine Frau Özlem Türeci und er schon das Biotechunternehmen Ganymed gegründet, das im selben Gebäude in Mainz angesiedelt ist und im vergangenen Jahr für einen Milliardenbetrag an den japanischen Pharmahersteller Astellas verkauft worden ist. Ganymed beschäftigt sich zwar auch mit Krebsimmuntherapien, allerdings nicht so individualisiert. Schon bei Ganymed waren die Hexal-Gründer und Milliardäre Thomas und Andreas Strümann als Investoren involviert. Von der Idee überzeugt, sorgten sie wenig später auch für das Startkapital von Biontech.

Mittlerweile jedenfalls hat Unternehmensgründer Sahin sein viertes Papier in der Fachzeitschrift „Nature“ zu der Technologie veröffentlicht. Unter Wissenschaftlern ist das ein Aushängeschild und wird in der Branche sehr genau beobachtet. Der ersten Studie soll gemeinsam mit Genentech, dem amerikanischen Biotech-Vorreiter, bald eine weitere folgen. „Wir werden im Herbst zusammen eine große klinische Studie starten. Dabei wollen wir möglichst viele Krebsarten abdecken“, sagt Poetting.

Im vergangenen Jahr war Biontech mit den Amerikanern eine Kooperation eingegangen. Auch andere Konzerne wie Bayer, Sanofi und Eli Lilly gehören zu den Partnern. Biontech ist es dabei wichtig, unabhängig zu bleiben. Künftige Umsätze und Gewinne werden mit Genentech genauso hälftig geteilt wie die Kos-

ten. Für die Mainzer ist das ein großer Batzen, den es zu stemmen gilt. In den vergangenen Jahren habe man bislang über die verpartnerten Technologien rund 450 Millionen Euro eingesammelt. Ende des Jahres will man noch einmal eine Finanzierungsrunde für einen dreistelligen Millionenbetrag starten.

„Wir haben zwar noch einiges an Geld auf der hohen Kante“, sagt Poetting, „aber vor einem Börsengang brauchen wir noch einmal eine Finanzierungsrunde, um alles abzusichern.“ In drei Jahren sei der Börsengang ein realistisches Szenario, sagt der Finanzchef. Ob Biontech dann die Glocke auf dem Frankfurter Parkett läuten wird, ist noch unsicher. „Wenn man das Ziel hat, ein weltweites Unternehmen aufzubauen, dann muss man nach Amerika und Asien gehen, um Investoren mit dem richtigen Zielhorizont und Geld zu finden“, sagt Marett. Frankfurt als Börsenplatz sei zwar schön, sagt Poetting, zumal dort auch internationale Investoren ansässig seien, aber am Ende zähle die Resonanz der Investoren. „Die Wahl des Börsenplatzes ist dann sekundär“, sagt er.

Grundsätzlich wirft das Management den Blick im Übrigen auch gerne nach Asien. „Wir werden oft kontaktiert, ob wir mittelfristig ein Jointventure in China gründen wollen“, sagt Marett. Wenn ein Fonds beispielsweise ein Netzwerk in Asien hätte und beratend die Perspektiven und möglichen Partner vor Ort einschätzen könnte, „dann wäre es leichter, eine Entscheidung zu treffen“, sagt Marett. „Es ist keine Frage von Geld, es ist eine Frage, wie wir uns in der Welt entwickeln möchten“, sagt er.

Philips lässt sich von Hedgefonds nicht beeindrucken

„Kein Dialog“ mit dem aktivistischen Investor Third Point / Gespräch mit Philips-Chef Van Houten / Von Klaus Max Smolka

FRANKFURT, 24. Juli
Auch Philips hat mit den unbeliebtesten aller Anleger zu tun: aktivistischen Investoren, die Unruhe verbreiten und die Unternehmensführung unter Druck setzen. Im Juni kamen Berichte auf, der berühmte amerikanische Fonds Third Point habe sich in den niederländischen Konzern eingekauft – was den Aktienkurs sofort antrieb. Konkret hat sich aber bisher offenbar nicht viel getan. Das lässt sich aus dem schließen, was der Philips-Vorstandsvorsitzende Frans van Houten dazu im Gespräch mit dieser Zeitung sagte.

„Es gibt keinen Dialog mit Third Point“, beantwortete van Houten die Frage nach dem aggressiv auftretenden Fonds, hinter dem der Investor Daniel Loeb steht. „Es steht ihnen natürlich frei, die Abteilung Investor Relations zu kontaktieren.“ Konkret, so sagte der Philips-Chef, hätten sich die Third-Point-Leute für die Branchenkonferenz von JP Morgan im Januar angemeldet. Auf diesem vielbeachteten jährlichen Anlegertreff in San Francisco präsentieren sich Pharma- und Medizintechnikunternehmen aus aller Welt: so auch Philips und van Houten, der die Transformation des Mischkonzerns zum Medizintechnikanbieter erläuterte. „Sie haben sich unsere Geschichte angehört“, sagte van Houten. Ob Third Point einen Anteil halte – und wenn ja, welchen –, könne er nicht sagen.

Solange der Fonds unter der Marke von 3 Prozent bleibt, muss er sein Paket nicht der niederländischen Finanzmarktaufsicht AFM melden. Aber selbst mit einem unsichtbaren kleinen Anteil – oder, unwahrscheinlich, gar keinem Anteil – bringt Loeb die Börsenwelt in Wallung. Als das Gerücht über seinen Einstieg über britische Medien in die Welt kam, stieg der Kurs der Philips-Aktie um 6 Prozent. Über Loeb's Begehr in diesem Fall ist nichts bekannt. Oft will er aber, dass Unternehmen Sparten abstoßen oder sich gleich ganz aufspalten sollen. Entsprechendes forderte er zeitweilig von einem anderen Vorzeigekonzern der niederländischen Industrie: dem Chemiekonzern DSM. Der ließ das allerdings erfolgreich an sich abperlen. Philips hat es vor Jahren schon einmal mit den aggressiven Fonds Jana und DE Shaw zu tun gehabt.

Das Treiben der Aktivisten verursacht in den Niederlanden seit längerem Diskussionen, ebenso ein verwandtes Thema: die Verwundbarkeit heimischer Unternehmen für ausländische Übernahmeangebote. Der Wirtschaftsminister des geschäftsführenden Kabinetts, Henk Kamp, hat Maßnahmen vorgeschlagen, welche die Konzerne etwas schützen sollen. Unter anderem schlägt er eine Bedenkzeit von bis zu einem Jahr vor, die ein Vorstand nach Erhalt einer unerwünschten Offerte bekommen soll. Kamp gehört der marktliberalen Regierungspartei VVD des Ministerpräsidenten

ten Mark Rutte an. Van Houten sagte, er habe „Sympathie“ für eine solche Diskussion. Er betrachtet Philips nach eigenen Worten nicht als Übernahmekandidaten. „Nein, das sehe ich nicht“, sagte er.

Philips hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten ohnehin viel von dem getan, was Aktivisten so oft fordern: nämlich eine Reihe von Geschäftsfeldern abgestoßen. Bot das Unternehmen früher alles an, von Glühlampen über CDs bis zu Fern-

sehern, konzentriert sich der Konzern jetzt auf Medizintechnik. Die von Philips erwünschte Folge: Analysten stuften das Unternehmen im entsprechenden Segment ein. Der Indexbetreiber Stoxx etwa führt Philips neuerdings im Gesundheits-segment in der Industrieuntergruppe. Dort lockt eine höhere Bewertung, ein höheres Vielfaches („Multiple“) des Gewinns. Der amerikanische MSCI dürfte bald folgen, er sei der „Nächste auf dem Listchen“, sagte van



Frans van Houten

Foto EPA